39

Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

[illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 7. Januar 1931 — Nummer 5

Vorbereitender Kampfausschuß für die Groß-Dresdner Metallbetriebe gebildet!

Die oppositionelle Delegiertenkonferenz sämtlicher Dresdner Metallbetriebe einmütig für Streik!

Dresden, 7. Januar.

Gestern abend tagte die von der RGO einberufene Metallarbeiter-Delegierten-Konferenz für Groß-Dresden. Sämtliche Metallbetriebe waren vertreten. Aus den Diskussionen sprach die große Erregung, die die Metallarbeiter erfaßt hat, aber auch das verbrecherische Treiben der sozialfaschistischen Bürokratie, die mit allen Mitteln der Verhetzung, der Irreführung und des Totschweigens, was ist, eine Niederlage hinzustellen versucht. Um so dringender ergab sich daraus die Notwendigkeit der sofortigen Schaffung eines auf breitester, überparteilicher Grundlage zusammengesetzten Aktionszentrums zur Organisierung des Streiks. Es wurde ein 17er-Ausschuß gebildet und beschlossen, noch am Mittwochmorgen ein zweites Massenflugblatt zur Verteilung zu bringen. Das ist geschehen. Die Adresse des Kampfausschusses lautet: Dresden-A., Rosenstraße 100. Die Telefon-Nummer ist 13 878.

Jetzt gilt es, in Dresden und in ganz Sachsen, in allen Betrieben unverzüglich zur Schaffung von Kampfleitungen zu schreiten, in Belegschaftsversammlungen Streikbeschlüsse zu fassen und den Streik durchzuführen. (Ueber die Bedeutung des Unternehmervorstoßes, über die Taktik der Bürokratie und über die revolutionären Kampfmaßnahmen siehe nachstehenden Artikel.)

Nicht „abwarten", sondern streiken!

Dresden, den 7. Januar.

Der Angriff der Sächsischen Metallindustriellen, das Erpressungsmanöver der Gesamtkündigung geht weit über die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnkürzung hinaus. Es geht nicht nur um den Schiedsspruch, nicht allein mehr um eine Lohnkürzung von 4 bis 6 Prozent, wie es die mit der Gewerkschaftsbürokratie verbundenen reformistischen Betriebsfunktionäre den Arbeitern weismachen wollen. Es geht um die Auslieferung der sächsischen Metallarbeiter an die grenzenloseste Unternehmerwillkür.

Zweifellos: die Scharfmacher, ermuntert und gestützt durch die Lohnabbaupolitik der Bürokratie, haben einen raffinierten, taktischen Kriegsplan gegen die Arbeiter entworfen. Selbst wenn eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, der ja an sich schon einen Lohnraub bringt, erfolgen würde, wäre der Unternehmer in der Lage, auf Grund einer betrieblichen Sonderregelung jederzeit einen weiteren Lohnabbau, weitere Verschlechterungen im Gesamtlohnverhältnis zu diktieren. Es heißt ausdrücklich in der in den Betrieben angeschlagenen Bekanntmachung der Industriellen, daß die Ausgangsziffern für Zeitlohn und Akkord nur „vorläufig" gelten, daß die Regelung „nur bis auf weiteres" gilt. Die Bestimmung, daß nur derjenige, der mit diesem frechen Unternehmerdiktat nicht einverstanden ist, in der Zeit vom 7. bis 8. Januar seine Papiere in Empfang zu nehmen hat, soll den Scharfmachern die Handhabe bieten, die Metallarbeiter durch Ueberrumpelung an betriebliche Arbeitsverträge auszuliefern, auf der anderen Seite die besten Arbeiter, die sich dem Diktat nicht beugen wollen, zu veranlassen, ihre Papiere zu holen, um sie endgültig aus den Betrieben zu entfernen, die Betriebe zu säubern, die Arbeiterfront in den Betrieben zu sprengen.

Gleichzeitig mit diesem weitgehenden Vorstoß der Metallindustriellen finden in Berlin Nachverhandlungen statt, um den gefällten Lohnraubschiedsspruch noch weiter zu verschlechtern. Der Anschlag der Unternehmer geht also — das gilt es, in aller Schärfe, in aller Klarheit entgegen allen reformistischen Verwirrungsmanövern den Arbeitern aufzuzeigen — aufs Ganze. Dem jetzt gefällten Schandschiedsspruch wird eine Kette von Einzelangriffen auf die Lohnbedingungen der Metallarbeiter folgen. Abteilungsweise, betrieblich würden die Unternehmer nachher das durchzuführen versuchen, was sie im Augenblick angesichts der großen Erregung der Arbeiter und der Geschlossenheit der proletarischen Front nicht wagen.

Unter diesen Umständen eines umfassenden Unternehmerangriffs ist die Taktik der Gewerkschaftsbürokratie, die Taktik des Abwartens, ein Verbrechen, die [illegible] Auslieferung der Arbeiter an grenzenlosen Lohnraub. Verbands-„Führer" und reformistische Betriebsräte versuchen gegenwärtig in den Betrieben, den Kampfwillen der Arbeiter mit den verschiedensten ebenso unwahren wie [illegible] Argumenten zu untergraben. Indem sie behaupten, daß sich der Unternehmeranschlag nur auf einen 4prozentigen Lohnraub bezieht, verschweigen sie die ganze Gefährlichkeit und die Tragweite des Angriffs. Indem sie die Arbeiter auffordern, abzuwarten, den Arbeitern das Streikrecht [illegible], „bevor nicht über den Schiedsspruch entschieden" sei, [illegible] sie die Tatsache, daß es um viel mehr als um 4 Prozent, daß es um die bedingungslose Auslieferung der Metallarbeiter [illegible] Lohnabbau [illegible] Verbindlichkeitserklärung [illegible] die Bürokratie [illegible] Nachverhandlungen in Berlin [illegible] die Grundlage [illegible] Schandschiedsspruch [illegible] Lohnraub [illegible] tere Verhandlung im Reichsarbeitsministerium, im [illegible] der faschistischen Brüning-Regierung dient der weiteren Verschlechterung der Lohnbewegungen der Arbeiter.

Die Bürokratie und die mit ihr verbundenen reformistischen Betriebsfunktionäre entfalten statt dessen eine wüste Hetze gegen die RGO. Dieselben Leute erheben den Vorwurf des „Putschismus", der „Spaltung der Arbeiterfront", deren Polizeifunktionäre die streikenden Bergarbeiter des Ruhrgebiets mit Maschinengewehren zusammenschießen lassen, die im [illegible] den Arbeitern erzwungenen Streik die Front zwischen Organisierten und Unorganisierten, zwischen erwachsenen und jugendlichen Arbeitern spalten. Die Bürokratie versucht, die Arbeiter [illegible]

Der erste Streikbeschluß

Dresden, 7. Januar.

Eine von 95 Prozent der Belegschaft besuchte Versammlung von Kunde u. Sohn beschloß nach einem Referat eines RGO-Vertreters in geheimer Abstimmung, die Fortsetzung der Arbeit zu den von den Unternehmern angeschlagenen Bedingungen abzulehnen. In der Diskussion versuchten verschiedene SPD-Leute und ein Gelber die Arbeiter von jeder Kampfmaßnahme abzuhalten. Das Abstimmungsresultat ist um so bedeutungsvoller, da es in einer geheimen Abstimmung zustande kam und sich zwei Drittel der Belegschaft für den Kampf aussprachen. Es wurde sofort eine Streikleitung gewählt und beauftragt, alle Schritte zur Vorbereitung des Kampfbeginns zu treffen.

Flugblattverteiler verhaftet

Heute früh wurden 3 Arbeiter, die die Flugblätter der RGO vor dem Betrieb Seidel & Naumann verteilten, von der Polizei zur Wache geschleppt. Man verbot ihnen das weitere Verteilen der Flugblätter, trotzdem diese allen polizeilichen Vorschriften entsprechen und keinerlei Flugblattverteilungsverbot besteht. Dieser Fall zeigt schon, daß auch hier in Dresden die Polizei alle Kräfte zur Unterstützung der Unternehmermaßnahmen gegen die Arbeiter einsetzen wird. Um so dringender ist es, Flugblattverteilung und Streikpostenstehen auf breitester Grundlage zu organisieren.

Die Streikwelle im Westen

Duisburger Hafen stillgelegt — Solidarität mit den Bergarbeitern!

Essen, 7. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Arbeiter des Duisburger Hafens sind in einen Solidaritätsstreik mit den Bergarbeitern getreten. Der Betrieb des Duisburger Umschlaghafens hat bekanntlich eine außerordentliche Bedeutung für den Ruhrbergbau. Infolge der Stillegung dieses Hafens ist der Bergarbeiterstreik von besonders großer politischer Bedeutung in der jetzigen Situation, da die englischen Bergarbeiter neben den Ruhrkumpels streiken und gleichzeitig auch der gesamte Düsseldorfer Hafen stillgelegt ist.

Düsseldorf streikt weiter

Düsseldorf, 7. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Streik im Düsseldorfer Hafenbetrieb wird geschlossen fortgesetzt, trotz des Versuchs der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, denselben abzuwürgen. Zu gleicher Zeit wächst der Einfluß der RGO auch unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen. In einer von dem Gesamtverband einberufenen Streikversammlung sprach ein Vertreter der RGO trotz heftigen Protestes der Gewerkschaftsbürokraten.

Neue Streiks im Ruhrgebiet

Essen, 7. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer großen Anzahl von Schächten ist selbst nach offiziellen bürgerlichen Meldungen der Prozentsatz der Streikenden am gestrigen Tage weiter gestiegen. Die Kampfstimmung der Belegschaften, besonders in Duisburg, Hamborn und Bottrop, im Recklinghausener und Gelsenkirchener Gebiet ist noch glänzend. Auf der Zeche Wolfgang in Essen sind 117 Jungarbeiter in den Streik getreten. Allein im Recklinghausener Gebiet streiken etwa 6000 Bergarbeiter. Aber trotzdem verbreitet das Polizeipräsidium, daß sich nur 500 am Streik beteiligen. Auf der Zeche Westerholt allein streiken beispielsweise 2000 Bergarbeiter von einer Belegschaftszahl von 2800 Mann.

Kein Abbruch des Kampfes

Essen, 6. Jan. (Eig. Bericht.)

Der heutige Tag brachte eine unbeschreibliche Steigerung des Polizeiterrors. Vor allen bestreikten Zechenanlagen wurden starke Polizeiabteilungen postiert, die ohne jeden Anlaß die Streikposten auseinanderschlagen. Das ganze Ruhrgebiet steht tatsächlich unter dem Belagerungszustand. Ununterbrochen werden Verhaftungen von Arbeiterfunktionären vorgenommen. Mitglieder von Streikleitungen wurden aus ihren Wohnungen heraus verhaftet.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse verbreitet die Lügenmeldung, daß die Zentrale Streikleitung der RGO den Abbruch des Streikes beschlossen habe. Die Zentrale Streikleitung gab sofort ein Flugblatt heraus,

in dem dieser Schwindel gebrandmarkt wird.

Infolge des gesteigerten Polizeiterrors und der [illegible] Machenschaften der Gewerkschaftsbürokratie haben heute [illegible] einige Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen, doch stehen heute noch 28 Schachtanlagen geschlossen im Streik und auf 6 Schachtanlagen bestehen noch Teilstreiks.

Die Zentrale Streikleitung der RGO mobilisiert alle Kräfte, um die Bergarbeiter über die Machenschaften der christlichen und sozialfaschistischen Streikbrecherorganisationen aufzuklären [illegible] verstärkte Gegenwehr gegen den in den [illegible] zu erwartenden Lohnraub-Diktat anzurufen. Die Bergarbeiter, auch diejenigen, die gestreikt haben und die Arbeit wieder aufnahmen, sind keineswegs [illegible]

noch wie vor in erbitterter Kampfstimmung.

Von überall her verstärkt sich auch der Ruf nach dem [illegible] Bergarbeiterverband. Die Empörung gegen die christliche und sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie ist [illegible]

Da muß die aktive Solidarität der [illegible] mehr lebendiger einsetzen! Der Kampf geht weiter! Sammelt überall für die kämpfenden Bergarbeiter! Verstärkt die Gegenwehr gegen die Lohnräuber!

Stärker und wuchtiger muß der Massenprotest [illegible] werden gegen den Polizeiterror [illegible] In allen Betrieben und proletarischen Organisationen [illegible] dem Wüten der Severing-Polizei gegen Streikende [illegible] Kampf der Streikenden, Stellung zu nehmen. Die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft fordert:

Sofortige Zurückziehung der Polizei aus dem Ruhrgebiet!